

E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 28. September 1988

anlässlich der Verhandlung des Berichtes

des Familienausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie (III-23 der Beilagen) zur Lage der Jugend in Österreich (719 der Beilagen)

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales möge sich dafür einsetzen, daß die Arbeitsbedingungen Jugendlicher verbessert und die Bemühungen zur Schaffung qualitativ befriedigender und gesellschaftlich erforderlicher Arbeitstätigkeiten fortgesetzt werden.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird weiters ersucht, die Berufsberatung hinsichtlich der tatsächlichen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt, insbesondere hinsichtlich einer besseren Information weiblicher Jugendlicher über technische Berufe, sowie hinsichtlich der Arbeitsplatzanforderungen zu verbessern.

Ferner wird der Bundesminister für Arbeit und Soziales ersucht, die von der Arbeitsmarktverwaltung geförderten Bildungsveranstaltungen besser als bisher an die Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen sowie die Ausbildungs- und Umschulungsprogramme für Behinderte auch behindertengerecht zu gestalten.

Schließlich möge der Bundesminister für Arbeit und Soziales der Berufsintegration von Schulabrechern sowie von AHS- und BHS-Absolventen ohne weitere Qualifikation ein besonderes Augenmerk schenken.

Die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten sobald wie möglich eine umfassende Reform des Berufsschulwesens auszuarbeiten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, die zu einer Anhebung des Images der Facharbeiterausbildung und zu einer verstärkten Berufsforschung führen.

Die Bundesregierung wird insbesondere ersucht, Sorge zu tragen, daß die Benachteiligung der Mädchen in allen gesellschaftlichen Bereichen durch gesetzliche und politische Maßnahmen abgebaut wird.

Die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport wird ersucht, eine Reform der Leistungsbeurteilung auszuarbeiten. Die Lehrpläne sollen in

Hinwendung so gestaltet werden, daß die pädagogisch unverzichtbare Berücksichtigung unterschiedlicher Neigungen, Lerngeschwindigkeiten und Bildungsvoraussetzungen der Kinder gewährleistet ist.

Weiters wird die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport ersucht, bei Schulreformen dafür Sorge zu tragen, daß die einzelnen Schulen maximale Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird ersucht, sich für eine qualitative Veränderung der Freizeitkultur und einen kostengünstigeren Zugang zu den dafür geschaffenen Einrichtungen für Jugendliche einzusetzen, um die Möglichkeiten nichtkommerzieller Freizeitgestaltung zu verbessern.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie möge sich für eine bessere Anerkennung, Unterstützung und Finanzierung der Jugendarbeit der Organisationen, Jugendzentren und frei organisierten Jugendgruppen, sowie für eine entsprechende Erhöhung der Bundesjugendplanmittel einsetzen. Darüber hinaus wird sie ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Jugendarbeit auf einer breiten Basis in die relevanten jugendpolitischen Entscheidungen eingebunden wird.

Die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport wird ersucht, Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit jugendliche Kultaktivitäten effizienter gefördert werden können. Weiters sollen zeitgemäße Materialien für die Lehreraus- und -weiterbildung im Bereich der Medienerziehung ausgearbeitet werden.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird ersucht, ein Maßnahmenpaket für einen besseren Konsumentenschutz für Jugendliche auszuarbeiten, insbesondere aber geeignete Schritte zu setzen, um ein Verbot der Werbung für Jugendkredite zu erreichen.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird weiters ersucht, sich für eine besondere Förderung der Jugendarbeit für Minder-

heiten (Gastarbeiterkinder, ethnische Gruppen, Behinderte und soziale Außenseiter) einzusetzen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird aufgefordert, neue Wohnformen, die den Vorstellungen der jungen Menschen entsprechen, zu fördern und dafür Sorge zu tragen, daß die öffentliche Bautätigkeit im Wohnbereich jungen Menschen einen bevorzugten Platz einräumt.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird weiters ersucht, Gespräche mit den Ländern im Hinblick auf eine Verbesserung der Wohnmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen für alle Jugendlichen, also auch für behinderte Jugendliche, zu führen.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird schließlich ersucht, durch eine entsprechende Novellierung der Gewerbeordnung den

Vertrieb von Gewaltvideos, Kriegs- und Brutalspielzeug zu verbieten.

Die Bundesregierung wird ersucht, mit den Ländern Gespräche zu führen, um die Arbeit des Schularztes aufzuwerten und zu erweitern, und zwar hinsichtlich genauerer, umfassenderer und regelmäßigerer Untersuchungen.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, darauf zu dringen, daß die von Schularzten erhobenen Daten österreichweit vergleichbar sind.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Forschungsarbeiten über die Lage der Jugend in Österreich laufend fortgesetzt werden.

Die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird weiters aufgefordert, dem Nationalrat in jeder Legislaturperiode einen aktuellen Bericht zur Lage der Jugend in Österreich vorzulegen.